Preußischer Landtag.

(Original-Bericht der Saale-Zeitung.)

Herrenhaus.

8. Sitzung vom 14. März.

Am Regierungstische Friedberg, Scholz u. A.

Präsident Herzog v. Ratibor eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 25 Min.

Es sind seit der letzten Plenarsitzung aus dem Hause geschieden a. durch Ableben: die Herren Graf v. Kospoth und Graf v. Ihenplitz; b. durch Verkauf seiner landtagsfähigen Besitzthümer: Herr Frhr. v. Gaffron-Kummern; c. infolge Ablaufs seiner städtischen Amtszeit: Herr Oberbürgermeister Engelhart (Mühlhausen).

Berufen sind die Herren v. Neumann und v. Sperber (Landschaftsbezirk Lithauen), Prinz zu Schönaich-Carolath auf Amtik und Herr v. Kotze auf Präsentation des Domstifts zu Merseburg.

Eingetreten sind die Herren Prinz zu Carolath, v. Kotze und Strauß (Memel).

Der Gesammtvorstand des Hauses wird sich an den Konferenzen über die Frage des Neubaus von Geschäftsgebäuden für die beiden Häuser des Landtags infolge spezieller Einladung des Ministers des Innern betheiligen, ist aber einstimmig der Ansicht, daß für das Herrenhaus ein Bedürfniß zur Errichtung eines anderweitigen Geschäftshauses nicht vorliegt.

Der Gesetzentwurf, betr. die nochmalige Verlängerung des in den §§ 9 und 12 des Gesetzes über die Auflösung des Lehnsverbandes der sächsischen und brandenburgischen Lehen den Lehnsbesitzern gestatteten vierjährigen, durch das Gesetz vom 10. März 1880 um zwei Jahre verlängerten Wahlrechts, um fernere zwei Jahre, wird ohne Debatte unverändert angenommen.

Es folgt der Bericht der Justizkommission (Referent Herr Dr. Beseler) über die Petition der Fürstin Auguste zu Ysenburg — Büdingen und der übrigen Allodialerben des verstorbenen Kurfürsten von Hessen—Kassel auf Herausgabe eines Theils der sequestrirten Revenuen event. auf Offenlassung des Rechtsweges.

Die Kommission hat über den letzteren Antrag Uebergang zur Tagesordnung beantragt, nachdem der Kompetenzgerichtshof den seitens der Regierung erhobenen Konflikt für begründet erachtet hat; das Hauptpetitum hat sie mit 5 gegen 4 Stimmen der Regierung zur Erwägung zu überweisen empfohlen.

Graf zur Lippe bekämpft diesen Vorschlag, der ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung in sich schließe. Desgleichen bitten der Kommissar Geh. Rath Rüdorff und der Finanzminister Scholz um einfachen Uebergang zur Tagesordnung; der Minister bestätigt außerdem, daß Restbestände nicht mehr vorhanden seien. Gleichwohl wird der Antrag der Kommission, für den auch Graf von der Schulenburg-Beetzendorf unter Hinweis auf die den Petenten zur Seite stehenden Billigkeitsgründe eintritt, mit erheblicher Majorität zum Beschluß erhoben.

Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. Tagesordnung: Kleinere Vorlagen, Petitionen, Entwurf betreffend die Behandlung der Schulversäumnisse.

Schluß 3¼ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

47. Sitzung vom 13. März.

Am Ministertisch: v. Goßler.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Berathung des Antrages der Abgeordneten Graf und Dr. Maier (Hohenzollern) auf Annahme eines Gesetzentwurfs, betreffend die interimistische Regelung der Gemeindebesteuerung für die Hohenzollernschen Lande

Abg. Graf erklärt die einheitliche Regelung der Gemeindebesteuerungsgesetzgebung in den Hohenzollernschen Landen als eine dringende, unaufschiebbare Nothwendigkeit und macht auf die Unzuträglichkeiten, die sich aus der Verschiedenheit der Bestimmungen herleiten, aufmerksam. Besonders erachtet er es als erstrebenswerth, daß der große Hechingsche Domanialbesitz, der schon seit 1848 staatssteuerpflichtig ist, auch endlich zu den Kommunalsteuern herangezogen werde. Es sei vor mehreren Jahren eine Gemeindeordnung für die Hohenzollernschen Landen vorgelegt worden, dieselbe aber mit Rücksicht auf eine allgemeine Reform des preußischen Verwaltungsweises wieder zurückgenommen worden. Redner zieht schließlich den eingebrachten Gesetzentwurf zurück und beantragt in einer Resolution, die Staatsregierung zu ersuchen, in der nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher die angeregte Materie regelt.

Nach kurzer Debatte wird der Antrag angenommen.

Es folgt die Berathung des Antrages des Abg. v. Stablewski, betr. die Einführung der polnischen Sprache als Unterrichtssprache in den Lehranstalten der Provinz Posen.

Abg. v. Stablewski erklärt es als eine Forderung der Gerechtigkeit, daß die 350,000 Schulkinder polnischer Nationalität in den ehemals polnischen Landestheilen in ihrer Muttersprache unterrichtet werden. Es sei dies auch nach dem bestehenden Völkerrecht gerechtfertigt und die Nichterfüllung dieser Bitte versetzt uns in eine Zeit zurück, in der es dem Starken erlaubt war, den Schwachen zu unterdrücken. Nach der Theilung Polens haben alle preußischen Könige bei ihrem Regierungsantritt zugesagt, die Vereinbarungen des Wiener Kongresses zu halten. (Redner verliest einige Passus aus Kabinetsordres, welche dieses bestätigen sollen.) Von allen Königen ist die Benutzung der polnischen Sprache im ganzen öffentlichen Leben für die Polen gestattet worden und nun will man sie nicht einmal in der untersten Klasse der Volksschule mehr zulassen. Die Polen haben keine Macht, ihr Recht zu erzwingen und sie haben in der Schule der Leiden genug gelernt, um die Lust an bloßen Demonstrationen zu verlieren. Aber einem ehrlichen Menschen sollte es Ehrenpflicht sein, dem Machtlosen gegenüber sein Wort einzulösen. Seit Jahren ist es Praxis geworden, in den unteren Klassen der Gymnasien nur Lehrer anzustellen, die kein Wort Polnisch verstehen und überhaupt nicht in der Lage sind, sich mit den Kindern zu verständigen. Die polnischen Lehrer aber versetzte man nach wie vor in deutsche Gegenden. Diese Maßnahmen haben natürlich zur Verringerung der Frequenz der polnischen Schüler gewirkt. Man will einen ganzen Volksstamm geistig und damit auch materiell zurückdrängen; am meisten werde der Mittelstand davon betroffen, dessen begabte Kinder nicht durch Privatunterricht fortgebildet werden und dem deutschen Unterricht nicht folgen können. Auch der Religionsunterricht werde dadurch vernachlässigt und geschädigt, da sich nur wenig Lehrer gefunden haben, die bereit waren, denselben in deutscher Sprache zu ertheilen. Seit zehn Jahren ist in den meisten Lehranstalten kein Religionsunterricht ertheilt worden. Das hat zu einer Verrohung und Entsittlichung unter den Schülern geführt, wie der kürzliche Selbstmord eines Primaners in Ostrowo, der vorher eine Gelegte vergiftet, beweise. Geradezu lächerlich sei es gewesen, als bei der kürzlichen Beerdigung eines elfjährigen Knaben die Mitschüler das „Integer vitae" gesungen, natürlich mit dem Vers, dessen Schluß lautet „semper amabo Lalagen dulce ridentem". (Heiterkeit.) Redner weist ferner auf die Thätigkeit des deutschen Schulvereins hin und erklärt, daß die Empörung, welche die Mitglieder desselben über die Magyarisirung deutscher Schulen in Ungarn zeigten, besser auf das Verfahren der preußischen Regierung gegen die polnische Schule angewendet würde. Ohne den Gebrauch der Muttersprache ist eine segensreiche gemeinsame Thätigkeit von Haus und Schule nicht möglich. Den Herren (zur Rechten) wäre es wohl am liebsten, wenn die polnischen Eltern auch zu Hause die deutsche Sprache einführten. (Zustimmung! rechts.) Doch hat das nicht einmal ein Muraview verlangt! Die Methode, die in den polnischen Schulen zur Anwendung kommt, ist keine wissenschaftliche und kann durch die Citation keines hervorragenden Pädagogen erhärtet werden. Höhere Autoritäten, wie die offizielle Posener Schulpädagogik, seien die Kabinetsordres preußischer Könige und die Verfügungen preußischer Ministerien. Redner verliest darauf eine Verordnung des Ministers Hardenberg, in der er den Gebrauch der polnischen Sprache als durchaus nothwendig für die polnische Bevölkerung erklärt. Die sogenannten „polnischen Bestrebungen" decken sich mit denen des Ministeriums Stein-Hardenberg und Herr v. Goßler werde sich sicher nicht in Widerspruch mit diesen Herren der preußischen Staatskunst bringen wollen. Auf alle Beschwerden und Petitionen höre man stets nur die Antwort, daß sie ein Ausfluß polnischer Agitation seien und selbst die Petitionen der evangelischen Lithauer in Masuren habe man auf Rechnung der polnischen Agitation gestellt. Die Gefahr der Polonisirung der deutschen Katholiken sei ausgeschlossen, da die 60—70,000 deutschen Katholiken meist in kompakten Massen in den westlichen Grenzbistrikten wohnen, wo sie mit der polnischen Bevölkerung in gar keine Beziehung kommen. Wollte man analog dem Vorgehen des Herrn Lux diejenigen Offiziere der deutschen Armee, die polnische Namen tragen, polonisiren, so würde ein Zehntel der Armee aus Polen bestehen. Aber die Polen verlangen derartige Unsinnigkeiten nicht, die Herrn Lux zu realisiren vorbehalten blieb. Preußen entwickelte erst, seitdem es auf dem Gipfel seiner Macht steht, diese kleinliche Germanisirungswuth, während es als ein kleiner aufstrebender Staat die schönste Toleranz walten ließ. Würde das umgekrümte Bild der polnischen Noth dorthin gelangen, wo die Völker Gerechtigkeit erwarten dürfen, dann würde sicherlich den Polen ihr Recht werden und ihre Anträge würden anders aufgenommen werden. Den heutigen Antrag wird einen Widerhall finden in Budapest, Brüssel, in Moskau und Petersburg. Wollen Sie durch ihre Abstimmung Waffen schmieden gegen Ihre Brüder im Auslande, so ist das eine, eines Kulturvolkes unwürdige Aufgabe. (Bravo! bei den Polen und im Centrum.)

Abg. Dr. Kolberg ist mit dem Antrag nicht in allen Stücken einverstanden. Das Polnische ist in Ostpreußen, Lithauen niemals Unterrichtssprache gewesen, es würde also ein Novum mit diesem Antrage in Ostpreußen eingeführt werden, auch für Westpreußen halte er bei den dort herrschenden Verhältnissen die Einführung der polnischen Unterrichtssprache nicht für nothwendig. Doch wäre die Anstellung von Religionslehrern, die beider Landessprachen mächtig sind, anzustreben und die polnische Sprache als fakultativen Unterrichtsgegenstand zu überweisen. Zur Berathung des zweiten Theiles des vorliegenden Antrages empfehle er die Verweisung desselben an die verstärkte Unterrichtskommission. Die Ertheilung des Religionsunterrichts in den Volksschulen sei jedoch eine Nothwendigkeit, da die Kinder, welche dieselben besuchen, meistentheils des Deutschen nicht genügend mächtig sind und keinen Nutzen aus dem Unterricht haben können. Aehnlich liegen die Verhältnisse in Ostpreußen, wo auf der Provinzialsynode die evangelischen Geistlichen in Masuren den Antrag stellten, daß in den masurischen Volksschulen der Religionsunterricht in der Muttersprache geleitet werde. Nur durch die heftige Gegnerschaft des damaligen Oberpräsidenten v. Horn sei dieser Antrag gegen eine bedeutende Minorität gefallen. Redner schlägt vor, daß in Gegenden mit gemischter Bevölkerung der erste Unterricht polnisch sei und daneben das Deutsche geübt werde. Erst in den höheren Klassen solle man deutsch unterrichten, den Religionsunterricht jedoch in allen Klassen in der Muttersprache führen.

Abg. Frhr. v. Schorlemer-Alst glaubt, daß allein die Verhältnisse in Posen bei Behandlung des Antrages v. Stablewski maßgebend sein dürften. Die Instruktion von 1842, welche die Sprachenfrage regelt, ist gerecht und vernünftig und die späteren Verfügungen der Regierung zu Posen sind unvernünftig und ungerecht. Die Polen sind eine hochedle Nation, die der deutschen große Dienste geleistet hat. Sie ist eine Nation in Trauer und wird so immer bleiben. Eine solche Nation solle man möglichst schonen und milde behandeln und nicht immer in ihrer Wunde herumwühlen. Die Polen zu Deutschen zu machen, ist ein vergebliches Unternehmen und mit allen Verordnungen wird man dies nicht erreichen, vielmehr wird durch solche Mörgeleien das polnische Volk veranlaßt, sich mehr und mehr von deutschem Einfluß zu befreien. (Sehr richtig!) Da man die Versprechungen den Polen gegenüber nicht gehalten, so darf man von ihnen auch nicht fordern, daß sie sich als gute Staatsbürger führen und fühlen. Die Polen sind den Deutschen gegenüber, wo erstere in der Majorität sind, stets tolerant gewesen. Die Unterdrückungen weisen sie über die Grenzen des Vaterlandes hinaus und das sollte eine kluge Politik vermeiden. Der deutsche Schulverein erstrebt die Erhaltung der deutschen Sprache außerhalb der Reichsgrenzen und beschäftigt sich vorzugsweise mit den Verhältnissen in Ungarn. Aber die jetzt in Ungarn getroffenen Anordnungen entsprechen nur den milden Anordnungen, die Friedrich Wilhelm IV. für die Polen in Posen gegeben und trotzdem gehen sie den Herren vom Schulverein viel zu weit. Setzt man anstatt Deutsche — Polen und statt Magyaren — Deutsche, so hat sich der Verein ein Urtheil gesetzt in seiner Verdammung der preußischen Vorschriften, das vollkommen zutrifft. Die Mißhandlung und gewaltsame Germanisirung der Polen wird stets ohne Erfolg bleiben, aber die Maßregeln werden um so drückender empfunden, als sie von den Beamten zu rigoros gehandhabt werden. Auch die Hundt von Hafften sind noch nicht in Posen ausgestorben (Heiterkeit bei den Polen) und es ist sehr bedauerlich, daß die Polen von allen Ehrenämtern ausgeschlossen werden. Das schwächt die Anhänglichkeit an die Regierung und die Dynastie, wie das auch im Westen unserer Monarchie gewesen ist und man kann unter diesen Umständen nichts anderes, als eine Stärkung des Polonismus erwarten. Redner beantragt schließlich den Antrag an die Unterrichts-Kommission zu verweisen.

Abg. Tiedemann (Bromberg) erklärt von vornherein, Sympathien für die Polen empfunden zu haben, als er nach Bromberg versetzt worden sei und gesteht zu, daß die Verwaltung zu weit gegangen ist bei der Umwandlung polnischer Ortsnamen in deutsche. Es muß den historischen Sinn der Polen verletzen, wenn die Stadt Gniewkowo in Argenau umgewandelt wird. Aber alle Angriffe gegen die Schulverwaltung seien unberechtigt und verrathen, daß Diejenigen, die sich darüber beschweren, von der Sache nichts verstehen. Er verurtheilte die Thätigkeit des deutschen Schulvereins und meint, daß ein Kind, das eine Schule anderer Zunge besucht, dadurch absolut keinen Schaden an seiner Muttersprache und Nationalität erleide. Die Verwaltung befindet sich im Posen im Zustande der Defensive. Redner verweist auf die Verhältnisse der Schule in Leipe, wo von 39 katholischen Kindern nur 9 gebrochen, 21 deutsch und polnisch, 9 nur deutsch sprechen. Diese Schule war bis 1873 evangelisch und erhielt auf Wunsch der katholischen Eltern einen katholischen Lehrer. Nach einigen Jahren verlangten die Leute einen polnischen Lehrer und Einführung der polnischen Unterrichtssprache. Die Petition, welche diese Forderung stellt, ist auf Anregung eines polnischen Probstes entstanden. Seit 20 Jahren besteht nun ein Kampf zwischen den deutschen Katholiken und dem Probst wegen Benutzung der deutschen Sprache bei den Predigten. Beschwerden der ersteren wurden vom erzbischöflichen Konsistorium zu Posen wiederholt zurückgewiesen. Früher hatte der Probst bei den Einsegnungen auch deutsch gesprochen; später erklärte er, daß er dies nicht mehr für nöthig halte, da jeder Knabe so viel polnisch verstehen müsse, um seinen Worten folgen zu können. In dieser Weise wird die Polonisirung der Provinz Posen betrieben. Während der deutsche Geistliche zuerst Geistlicher und dann Deutscher ist, ist der polnische hingegen in erster Linie Pole und dann erst Katholik. Während die ersteren sich freuen würden, wenn ein kirchlicher Friede zu stande käme, würden die polnischen Geistlichen den Friedensruf nur ungern vernehmen. Kein Kultusminister wird sich entschließen dürfen, poln.-kath. Geistlichen den Zutritt zur Schule zu gewähren. (Abg. Kantak: Hört!) Unter dem Einfluß der Geistlichkeit ist kein besonderer Erfolg in den Schulen zu verzeichnen gewesen, das beweise die Anzahl der Analphabeten im Heere. Daß Remedur nöthig war, leuchtet dabei ein, wenn er (Redner) auch nicht alles unterschreiben möchte, was geschehen sei. Die besten Bundesgenossinnen der Geistlichkeit sind die Damen, die sich durch große persönliche Liebenswürdigkeit auszeichnen. Jeder Deutsche ist verloren, der eine Polin heirathet, sie wird in kürzester Zeit aus ihm einen Polen und

Kleine Leute.

Im Hinblick auf den gegenwärtig in unserer Stadt weilenden „Prinzen Colibri," welcher als der kleinste Mann der Erde bezeichnet wird, dürften unseren Lesern einige Mittheilungen über andere kleine Leute von Interesse sein, die gewöhnlich Zwerge genannt werden. In der deutschen Volkssage versteht man unter Zwergen und Gnomen mitgestaltete kleine Schutzgeister der Bergwerke oder wenigstens ein häßliches unter der Erde im Dunkeln lebendes Völkchen. Ihr stetes Attribut ist die Kappe, welche sie unsichtbar macht, und zu ihnen gehören auch die Elfen, namentlich die Schwarzelfen. Die alten Griechen erzählen von den Pygmäen, d. i. „Fäustlinge," als einer Völkerschaft von außerordentlicher Kleinheit in Mittelafrika, in der Gegend der Nilquellen; sie sind zudem so mißgestaltet, daß den dritten Theil des ganzen Körpers der Kopf einnimmt. Der Sänger der Iliade erzählt von diesem Zwergvolke, daß es in beständigem Kampf mit den Kranichen lebe und Plinius berichtet von den Pygmäen, sie hätten Häuser von Eierschalen. Gehalt und Form aber erhielt der Begriff der Pygmäen bereits durch Aristoteles, welcher sagt: „Die Kraniche ziehen bis an die Seen oberhalb Egyptens, woselbst der Nil entspringt; dortherum wohnen die Pygmäen und zwar ist dies keine Fabel, sondern reine Wahrheit." Solche Zwergvölker haben sich nun wirklich noch heute im Innern Afrika's gefunden. Als der Reisende Schweinfurth sich bei dem Kannibalenkönige Munsa befand, brachte eines Tages einer seiner Leute namens Mohamed auf seinen Schultern einen dieser Pygmäen herbeigeschleppt. Aengstlich hielt er Mohamed's Kopf umklammert und warf scheue Blicke nach allen Seiten, berichtet Schweinfurth. Jetzt saß er vor mir auf meinem Elefanten, zu seiner Seite der Dolmetsch, und ich konnte nun meine Augen weiden an der handgreiflichen Verkörperung tausendjähriger Mythen, ihn zeichnen und ausfragen. Sein Name war Adimoku und er war das Haupt einer Familie, welche eine halbe Stunde von der Residenz eine kleine Pygmäenkolonie bildete; aus seinem eigenen Munde erfuhr ich die Bestätigung, daß ihr Volksname Atka sei. Die Atka bewohnen ausgedehnte Gebiete zwischen dem ersten und zweiten Grade nördlicher Breite, ein Theil ist dem Monbuttakönige unterworfen und dieser, indem er die Pracht seines Hofes durch eine Sammlung aller ihm zugänglichen Naturmerkwürdigkeiten zu erhöhen sucht, hat auch einige Familien des Pygmäenvolkes in seiner Nähe angesiedelt. Schweinfurth sah später auch einen ganzen Trupp bewaffneter Atka, die er wegen ihrer Kleinheit anfänglich für Knaben hielt, denn die durchschnittliche Größe dieser Leute betrug 140 Centimeter. Nicht weit von der äquatorialen Westküste sah Du Chaillu gleichfalls Zwergvölker, die hier Abongo heißen und über die ein späterer Afrikareisender, Dr. Lenz berichtet: Schwächlicher Körperbau, dünne, ziemlich lange Gliedmaßen, ein stumpfsinniger Gesichtsausdruck, ein unruhiges, scheues Auge, sehr langer Schädel mit vorragenden Kiefern, kleine zierliche Hände und Füße, die Hautfarbe ein ziemlich lichtes Chocoladenbraun, kurzes, wolliges Haupthaar und eine Durchschnittshöhe von 132 bis 142 Centimetern bei ausgewachsenen Männern, bei Frauen bedeutend weniger, das sind in wenig Worten zusammengefaßt die charakteristischen Merkmale der von mir besuchten Abongo. Lenz stimmt hierin mit dem Ausspruch Heroldot's überein, welcher die afrikanischen Pygmäenvölker als „Leute, die nicht einmal die mittlere Größe erreichen", bezeichnet. Wenn auch lange nicht so klein wie die Zwergvölker Afrika's, deren Wohnsitze sich längs des Aequators durch den „schwarzen Erdtheil" erstrecken, so doch auch von sehr geringer Größe sind ferner die Buschmänner Süd-Afrika's mit 144 und die Lappländer und Eskimo mit höchstens 160 Centimetern im Durchschnitt.

Wie unter vielen Völkern einzelne Personen vorkommen, die eine Riesengröße erlangen, — man denke an den Riesen Drasal, welcher sich vor Jahr und Tag in verschiedenen Zeiten öffentlich zeigte, — so finden sich auch solche, deren Gestalt verkümmert bleibt und die man deshalb Zwerge nennt. In früheren Zeiten waren diese letzteren besonders als Hofnarren beliebt und unterhielten sie reiche Große zum Amüsement. So hatte bereits Marcus Antonius einen Zwerg um sich, welcher noch nicht ganz zwei Fuß hoch, aber sehr begabt war und zum Scherz den Namen „Sisyphus" erhalten hatte. Kaiser Augustus suchte sich aus allen Ländern solche kleine Menschlein zusammen und liebte es, mit ihnen zu spielen; einer derselben, Namens Lucius, wog nur siebzehn Pfund, besaß jedoch, trotz seiner geringen Größe von kaum zwei Fuß, eine ungewöhnlich starke Stimme. Auf die Kaiser Tiberius und Commodus übten ähnliche Zwerge bedeutenden Einfluß aus. In der Türkei nannte man die Hofzwerge Ginge und sie waren dort sehr beliebt, in Frankreich war es die Marie von Medicis, die Mutter Ludwigs des Dreizehnten, welche die Zwerglieblhaberei besonders aufbrachte. Unter König Heinrich II. (1547 bis 1559) lebte dort ein Zwerg, welcher der „große Hans" (Grand Jean) und später Protonotarius genannt wurde. In Italien hielt sich ein Kardinal Vitalli im sechzehnten Jahrhundert nicht weniger als vierunddreißig Zwerge und in Spanien ließen sich, als die Gräfin D'Aunay 1679 dorthin kam, die vornehmen Damen ausschließlich von Zwerginnen bedienen. Der Gräfin gefiel namentlich ein aus Flandern gebürtiger Zwerg mit Namen Louisilla, welcher oft auf einem seiner Größe angemessenen Pferdchen spazieren ritt. In Petersburg machte sich der Fürst Menzikoff bei einem herzoglich kurländischen Gesandten im Jahre 1716 folgenden Spaß: Auf die Tafel wurden zwei Pasteten, jede etwa fünfviertel Elle lang, aufgetragen, aus denen plötzlich zwei wohlgekleidete Zwerginnen herauskamen und auf der Brauttafel ein Menuett tanzten. Ebenda fand in demselben Jahre die Vermählungsfeier eines Zwergpaares statt, zu der von überall her zweiundsiebzig Zwerge und Zwerginnen herbeigeschafft wurden und bei welcher der Czar den Hochzeitsschmaus ausrichtete. Ebenfalls in eine Pastete hineinspazieren mußte Jeffery Hudson, geboren 1619 zu Abham in England, der im vierundzwanzigsten Jahre seines Lebens erst zwei Fuß hoch war. Er kam später in die Dienste König Karl's des Zweiten von England (1660 bis 1685), betheiligte sich aber an einer Verschwörung und starb, dreiundsiebzig Jahre alt, im Kerker. Erzherzog Leopold von Oesterreich hatte an seinem Hofe zu Innsbruck einen Zwerg, der im Alter von vierundzwanzig Jahren nur vier Spannen hoch war und dessen achtundzwanzigjährige Schwester eine gleiche Kleinheit aufzeichnete. In Innsbruck ist noch jetzt von ihnen ein Bild in Lebensgröße vorhanden. Von den Zwerginnen unserer Zeit sei die „Prinzessin Pauline" genannt, die, wie sich unsere Leser erinnern werden, im vorigen Jahre im berliner Panoptikum sich zeigte. Endlich sei noch die Merkwürdigkeit erwähnt, daß in der Familie des polnischen Grafen Borwluski die Zwerghaftigkeit erblich war. Ein männliches Mitglied dieser Familie maß, als er sein Wachsthum vollständig abgeschlossen hatte, fünfundsiebzig Centim., sein Bruder neunzig und seine Schwester sogar nur sechzig, während der „Prinz Colibri" neunundsechzig Centim. mißt, sodaß er sich mit Recht zu den kleinsten Bewohnern der Erde rechnen kann.

—n—

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18830316027/fragment/page=0001

aus dem Albert Schmidt einen Wojciech Kowalski machen (Heiterkeit! und Bravo! bei den Polen). Die wirthschaftliche Entwickelung in der Provinz leidet durch die ewigen Reibungen. „Gehen Sie doch die Phantastereien auf, daß Sie sich dereinst von Preußen losreißen könnten und wir werden mit Ihnen gern arbeiten und wir werden alle Ihre Eigenthümlichkeiten gern schonen. Aber wenn Sie fortfahren, die Deutschen polemisiren zu wollen, so wundern Sie sich nicht, wenn Ihnen so begegnet wird, wie es Ihnen geschieht." (Bravo rechts, Zischen bei den Polen.)

Abg. v. Zakrzewski wiederholt die von dem Abgeordneten v. Stablewski vorgebrachten Beschwerden und bittet das Haus, nicht glauben zu wollen, daß es überhaupt in der Absicht der Polen liege, sich von Preußen loszureißen. Alle Germanisirungsversuche seien fruchtlos, wie ein Blick auf Schlesien beweise, wo es nach sechs Jahrhunderten nicht gelungen ist, das Polenthum auszurotten. Zudem sei jeder Druck vom Uebel, das habe der Kulturkampf bewiesen, der auch noch die deutschen Katholiken dem Polonismus in die Arme getrieben hat. Der Panslavismus, den man richtiger Panmoskowismus nennen dürfte, umfaßt 126 Millionen Menschen in Europa und man wird dieser Verbindung, dieser Idee auf den Schlachtfeldern ein Ende so leicht nicht machen. Gerade diesem Gespenst gegenüber sollte die Regierung den Polonismus nicht so schwächen wollen, denn dieser ist der beste und wirksamste Gegenatz des Panslavismus. Der heftigste Feind des Polen sei die Bureaukratie, welche überhaupt nicht im Stande sei, ihren Vorgesetzten ein richtiges Bild von den Verhältnissen zu geben. Viele Gesetze wären nie entstanden, wenn sie nicht auf unrichtigen Berichten basirt gewesen wären und selbst der Kulturkampf wäre nie so weit gediehen, wenn dem Lande nicht stets ein falsches Bild von den Verhältnissen geliefert worden wäre.

Kultusminister v. Goßler: Der vorliegende Antrag hat eine große Vorgeschichte, und entstammt dem bekannten Generalantrag vom April 1881, der alle Petita der polnischen Nation umfaßt. An diesen Antrag wurde auch die Bildung eines polnischen Centralwahlcomités angeknüpft. Der Generalantrag gab in der vorjährigen Wahlkampagne Veranlassung zu großen Zerwürfnissen innerhalb der Fraktion, von denen einige Mitglieder sogar die Wiederherstellung Polens als erstrebenswerth bezeichneten. Der Minister ist den Polen für die Einbringung des Antrags dankbar, der übrigens weiter geht, als der Generalantrag, da ersterer auch auf Oberschlesien und Ostpreußen übergreift. Schon im vorigen Jahre haben Redner (sei die gesammte polnische Agitation in Verschiedenen hingewiesen und habe einen Wiederspruch gefunden, der heute sicherlich nicht mehr vorhanden sein dürfte. Die Ausdehnung des Antrages auf Litthauen und Masuren ist neu und knüpft an einen Aufruf eines in Lemberg lebenden Polen zur Rettung der masurischen Brüder an; ebenso haben sich auch Warschauer Zeitungen ausgesprochen, indem sie auf die Gefahren hinweisen, denen die Masuren ausgesetzt seien, da diese evangelisch sind und dadurch den Germanisirungsversuchen zugänglicher wären. Auch Litthauen ist in den Kreis der Bewegung gezogen worden und es ist von dieser Seite eine Petition an den Minister gelangt, in der um Einführung der litthauischen Sprache beim Volksschulunterricht gebeten worden ist. In der Mitte der Vierziger Jahre waren die Verhältnisse ähnlich wie heute; auch damals erstreckten sich die Agitation und die geheimen Verbindungen weit über Posen in Westpreußen hinaus. Der Mittelpunkt der Agitation liege in der Instruktion vom Jahre 1842, die ein großes politisches Interesse habe. Als im Jahre 1841 der Provinziallandtag von Posen zusammentrat, erließ der König eine Ansprache, in welcher er auf seine Zusage in Königsberg hinzielte und aussprach, daß eine Aenderung der bis dahin giltigen Verordnungen nicht erforderlich sei. Der Landtag jedoch erklärte sich nicht auf diesen Standpunkt stellen zu können und protestirte gegen die Einverleibung. In dem Landtagsabschiede war verheißen, daß die Wiener Traktate beobachtet werden sollen, unter der Bedingung, daß die Polen sich bequemen wollten, die politische Absonderung aufzugeben und Preußen werden wollten. Unter denselben Bedingungen ist auch die Instruktion von 1842 erlassen. Der nächste Provinziallandtag protestirte gegen den Namen Preußen und erklärte, daß seine Mitglieder nur Polen bleiben wollten. Daraufhin wurde die Verordnung von 1843 erlassen, in welcher eine von den bisherigen Verordnungen abweichende Meinung dokumentirt ist und erklärt wird, daß wenn die schon erwähnten Bedingungen nicht acceptirt werden, die Polen von den verheißenen Wohlthaten ausgeschlossen werden sollen. Der Minister weist darauf auf das Verhalten der Polen in den Jahren 1846 und 1848 und auf ihren Protest gegen die preußische Verfassung hin und verliest einige Reden von Abgeordneten, in denen sie erklären, einen Landtag im Landtag zu bilden und es für beschämend erklären, an einem fremden Landtag theilnehmen zu müssen. Darauf verlas der Minister eine Rede des Abgeordneten Mazdzinski, der in einer Wahlversammlung erklärt hatte, weiter zu gehen, als die wiener Traktate und den Wiederaufbau Polens verlange. Dieser Rede sei in der Versammlung und in der polnischen Presse der lebhafteste Beifall gespendet worden. Als die „Neue Kontzer Zeitung" vor den Wahlen erklärte, daß die deutschen Katholiken für den polnischen Kandidaten stimmen wollten, wenn dieser erklären wolle, fest zu Kaiser und Reich zu stehen, da sagte der „Pielgrzym" nichts anderes, als daß sie Polen seien und als solche zu sterben wünschen. Dann geht der Minister auf den polnischen Plan ein, ein Gegengewicht gegen den Panslavismus durch Gründung des polnischen Reiches zu bilden und verweist auf eine Brochüre vom Jahre 1846, in der ähnliche Grundsätze ausgesprochen sind. — Die Polen betreiben systematisch die Abpferrungsmethode und bemühen sich, von den Deutschen nach Möglichkeit fern zu bleiben. Man warnt in den Zeitungen vor ehelichen Verbindungen mit Deutschen und vor dem Verkehr der polnischen Kinder mit den deutschen. Der Wunsch, eine gesonderte Stellung in sozialer und politischer Beziehung einzunehmen, wird eifrigst gefördert. — Als Preußen Posen übernahm, gab es überhaupt nur drei Gymnasien in der Provinz, heute giebt es 20 höhere Lehranstalten, die im Jahre 1883 6569 Schüler enthielten, welche Zahl aber seitdem um 90 abgenommen hat. Von diesen waren 4715 Deutsche, der Rest Polen. Nur das Mariengymnasium in Posen habe über 50 Proz. polnischer Schüler, die übrigen Anstalten weientlich weniger. Die Einrichtung von polnischen Parallelkonten sei nicht anzustreben, da alle Pädagogen sich dagegen erklärt haben. Die Lehrfähigkeit und Sittlichkeit der polnischen Schüler ist wiederholt anerkannt worden, also ist eine schlimme Wirkung der Verordnungen der Schulverwaltung nicht zu erkennen. Und wenn die polnische Presse sich freue, daß ein polnischer Mittelstand entstehe, so ist das auch eine Folge der preußischen Schulverordrungen. Die polnischen Gymnasien haben sich nicht bewährt und das größte Kontingent zu den Revolutionären geliefert; das Mariengymnasium in Posen war der Hauptheerd der revolutionären Agitation; ähnliche Verhältnisse gab es auf dem Gymnasium zu Trzemeszno. Die Schülerverbindungen hatten ihre Ehrenmitglieder, die die revolutionäre Flamme unter den Schülern nährten. — Der Konflikt in Bezug auf den Religionsunterricht entstand durch die Bestimmung des Grafen Ledochowski, die Unterrichtssprache für den Religionsunterricht festzustellen. Die Verwaltung ist seit Langem bemüht, Lehrer zu finden, die geneigt und befähigt sind, den Religionsunterricht zu leiten und wenn es ihr nicht überall gelungen ist, so sei dies nicht ihre Schuld. Der Minister bespricht sodann die Entwickelung des Volksschulwesens seit der ersten Theilung Polens und erklärt, noch auf dem Standpunkte des Ministers v. Altenstein zu stehen, der die Schonung der Nationalität zum Prinzip erhob, aber nicht außer Acht ließ, daß die Polen Preußen und Deutsche werden mußten, was heute unter der Regierung des allgemeinen Stimmrechts noch nöthiger ist als damals. Er würde auch niemals dulden, daß die Polonisirung deutscher Katholiken weitere Fortschritte mache, die Begriffe „katholisch" und „polnisch" sich in der Provinz Posen decken und een Forderungen der deutschen Katholiken auf deutsche Predigt in ihren Parochieen keinerlei Rechnung getragen werde. Von einer Unterdrückung der polnischen Sprache könne keine Rede sein- und die polnische Bevölkerung wird auch künftighin ihre Muttersprache in Wort und Schrift zu gebrauchen nicht verlernen. Daneben wird der Grundsatz nicht aufgegeben werden, die Polen nach und nach in die Staatssprache einzuführen. Daran müsse man festhalten, um die Polen dadurch zu einer lebhafteren Betheiligung am Staatsleben anzuregen. In diesem Streben werde die Regierung nicht erlahmen. (Lebhafter Beifall!)

Darauf wird ein Vertagungsantrag angenommen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr. Tagesordnung: Dritte Lesung des Handelssteuergesetzes und Petitionen.

Schluß 4¼ Uhr.

Provinzial-Nachrichten.

Der Nachdruck unserer Original-Korrespondenzen aus der Provinz ꝛc. ist nur unter Angabe der Quelle gestattet.

△ **Aus dem Bitterfelder Kreise,** 14. März. Der Magistrat von Bitterfeld veröffentlicht den Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Angelegenheiten für 1881/82. Die Einwohnerzahl der Stadt, welche am 1. Dez. 1880 sich auf 6531 belief, beträgt jetzt annähernd 7000. Die Zahl der stimmfähigen Bürger ist 648. Wohnhäuser sind 577 vorhanden. Bei der Provinzial-Städte-Feuer-Sozietät waren 529 Wohnhäuser nebst den Nebengebäuden mit 6,392,720 Mark versichert. Zur Unterbringung von 4 Schulklassen wurde ein Miethslokal mit einem Kosten-Aufwande von 1300,79 M. eingerichtet. Die projektirte Trockenlegung des Mittel- und Sorgen-Teiches hat aufgegeben werden müssen, weil die vorausgesetzte Einigung mit dem Lobermühlenbesitzer nicht erzielt worden ist. Dagegen hat der Neubau des Fluthbettes und der Brücke des Stadtteiches an der Lobermühle mit einem Kostenaufwande von 2012,25 Mk. stattgefunden. Das von den „Grepptner Werken" ausgeführte Krieger-Denkmal, dessen Kosten durch diese Aktien-Gesellschaft, durch Sammlung freiwilliger Beiträge, durch den Ertrag einer Lotterie und verschiedene öffentliche Aufführungen gedeckt worden sind, ist am 4. Sept. 1881 eingeweiht und der Stadt zur Erhaltung und Pflege übergeben worden. Die Stadt hat den Bauplatz zu dem neu errichteten Kreis-Krankenhause mit einem Kosten-Aufwande von 8100 M. erworben und dem Kreise unentgeltlich überlassen. Die Stadtschuld beträgt 48,702 M. Die Einnahmen der Kämmerei-Kasse betrugen 81,568.48 M., die Ausgaben 77,984.19 M. Die Armenpflege erforderte einen Zuschuß von 4021,59 M. Die Stadtsparkasse hatte Ende 1881 einen Einlage-Bestand von 126,029.20 M.

□ **Mühlhausen,** 13. März. Die hiesige Handelskammer veröffentlicht eine Erklärung, welche die Mittheilung, wonach die Königl. Eisenbahndirektion in Erfurt die Gotha-Leineselder Strecke in eine Sekundärbahn umzuwandeln beabsichtige, als jeder thatsächlichen Begründung entbehrend bezeichnet und im weiteren das lebhafte Interesse der betreffenden Direktion für die bez. Strecke hervorhebt. — Der hiesige Gewerbeverein behandelte in seiner letzten Sitzung die „Fortbildungsschulfrage." Aus den lebhaften Debatten ging hervor, daß sich die zu errichtende Fortbildungsschule — obwohl in der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt, dürfte diese Angelegenheit doch bald wieder zur Berathung kommen — an die hier bereits bestehenden gewerblichen Schulen für Handwerkslehrlinge als eine einheitlich organisirte obligatorische anschließen müsse; von einem Unterrichten in den späten Abendstunden ist abzusehen.

F **Heftstädt,** 13. März. Zu Ehren des Geburtstags des Kaisers findet am 17. d. im Hotel „Zur Sonne" hier ein Festmahl statt. — Am Sonnabend sand man den Holmeister Kegel des Ritterguts Burg-Oerner in seiner Wohnung über dem Bette erhängt vor. Als Motiv des Selbstmordes wird längeres körperliches Leiden bezeichnet.

—e. **Schkeuditz,** 13. März. Gestern abend wäre beinahe ein von Halle gebürtiger, jugendlicher Handarbeiter ein Opfer der jetzt herrschenden Kälte geworden. Derselbe wurde in fast bewußtlosem Zustande aufgefunden und sofort in ein hies. Restaurant gebracht. — Hiesige Sattlerlehrlinge fanden bei Reparatur eines Lehnstuhles in demselben 50 Mark. Natürlich wurde der Fund dem Eigenthümer eingehändigt.

Zur Reform der deutschen Burschenschaften.

Wir erhalten aus Berlin eine längere Zuschrift, der wir das Nachstehende entnehmen:

In den letzten Wochen haben in Berlin auf Anregung und unter Theilnahme einiger alter Herren wiederholt Berathungen von Delegirten sämmtlicher deutschen Burschenschaften stattgefunden über die Frage, ob in dem heutigen burschenschaftlichen Leben Mißstände hervorgetreten sind und welchen Mitteln dieselben zu bekämpfen seien. Zunächst ergaben die offiziellen Erklärungen der Delegirten von 32 Burschenschaften, daß in den wesentlichen und für die burschenschaftlichen Verbindungen charakteristischen Grundsätzen des Patriotismus, der Sittlichkeit und der Wissenschaftlichkeit noch heut eine volle Uebereinstimmung herrscht. Während aber in den das innere Leben betreffenden Punkten z. Th. Reformen gar nicht erforderlich schienen, z. Th. ihre Durchführung den einzelnen Burschenschaften überlassen werden mußte, hat sich die Delegirten-Versammlung in der Duell- und Mensurfrage über einige Reformvorschläge geeinigt. Dieselben beruhen freilich auf wesentlich anderen grundsätzlichen Anschauungen als die entsprechenden Vorschläge des Herrn Dr. Küster in seiner Rede „Zur Reform der Burschenschaften." Die grundlegende Ueberzeugung, in der fast alle Theilnehmer an den Berathungen einig waren, ist die, daß die Schlägermensur an und für sich keineswegs eine verwerfliche oder schadliche, sondern im Gegentheil eine für die Fortexistenz eines gesunden, freien deutschen Studentenlebens höchst vortheilhafte, ja unerläßliche, bis jetzt wenigstens durch nichts besseres erletzte Institution ist. Es kommt nur darauf an, die Anwendung der Schlägermensur so zu regeln, daß sie einmal ihren Zweck (die angemessene, anständige Austragung der unvermeidlichen Streitigkeiten zwischen Studenten) vollkommen erfüllt und daß sie zweitens nicht in mißbräuchlicher Weise übertrieben und der leeren Renommage wegen geübt wird. Um dies doppelte Ziel zu erreichen, werden dem A. D. C. einmal eine Reihe von Bestimmungen empfohlen, die es möglich machen sollen, das in Zukunft Streitigkeiten, die aus studentischen Verhältnissen und Anschauungen resultiren, zu wahren Zweikämpfen auf schwere Waffen führen können. Jede Forderung auf schwere Waffen, bei der ein Burschenschafter betheiligt ist, wird danach zunächst einem Ehrengericht unterliegen, dessen burschenschaftliche Mitglieder ein für allemal verpflichtet sind, wenn es irgend thunlich ist, auf einfache Schlägermensur zu erkennen. Schlägermensur bis zur Abhabe zu erkennen. In Bezug auf die Schlägermensuren empfiehlt die berliner Delegirtenversammlung dem A. D. C. die Aufstellung einer bestimmten Definition ihres doppelten Zwecks, nach dem sich die praktische Anwendung seitens der einzelnen Burschenschaften zu richten hat. Als die Hauptaufgabe der Schlägermensur wird, wie schon erwähnt, die anständige Austragung der Streitigkeiten zwischen Studenten angesehen. Daraus folgt, daß die Burschenschaften danach streben müssen, mit allen satisfaktionsgebenden studentischen Korporationen in ein geregeltes Contrahage-Paukverhältniß zu treten. Als ein Nebenvortheil der Mensur wird ferner anerkannt, daß die für jedes in eine Verbindung eintretende Mitglied bestehende Gewißheit, auf die Mensur zu kommen, ein werthvolles Mittel ist, um der betreffenden Verbindung angehörigen Mitglieder a limine fern zu halten. Da nun diese Gewißheit bei blutigen Contrahagemensuren, namentlich so lange zwischen den Burschenschaften und den Corps kein Paukverhältniß besteht, für die Burschenschaften der meisten Universitäten nicht vorhanden sein würde, mußte, wenn auch von vielen Seiten mit Widerstreben, die Nothwendigkeit einer beschränkten Zulassung der sog. Bestimmungsmensur zugestanden werden. Andere Vorschläge bezweden die höchst wünschenswerthe Einschränkung der sog. P.P.-Suiten. Da alle diese Vorschläge auf Vereinbarung der Vertreter der überwiegenden Mehrzahl aller deutschen Burschenschaften beruhen, steht zu hoffen, daß der zu Pfingsten in Eisenach tagende Allgemeine Deputirten-Konvent dieselben zum Beschlusse erheben wird und damit den Weg einer verständigen und maßvollen Reform des deutschen Verbindungslebens, wie es seit fast 70 Jahren in den deutschen Burschenschaften zum Ausdruck gelangt, beschreiten wird.

Handels-, Verkehrs- und Börsen-Nachrichten.

* **Danzig,** 13. März. (Telegr.) Getreidemarkt. Weizen loco behauptet, Umsatz 600 Tonnen. Bunt und hellfarbig 145,00 bis 170,00, hellbunt 172,00—186,00, hochbunt und glasig 186,00—197,00, pr. April-Mai Transit 181,00, pr. Mai-Juni Transit 183,00. Roggen fest, loco inländischer pr. 120 Pfd. 118—120, poln. oder russischer Transit 112,00 bis 117,00, pr. April-Mai Transit 115,00, pr. Mai-Juni Transit 120,00. Kleine Gerste loco 110,00, große Gerste loco 111—124. Hafer loco 108,00. Erbsen loco 125—131. Spiritus pr. 10,000 Liter% loco 51,25.

Berliner Börse vom 14. März.

Deutsche und ausländische Fonds- u. Staatspapiere.		
Deutsche Reichsanleihe	102,10 bz	
4½ % Kons. Anleihe	104,10 B	
4 % do.	102,10 bz	
3½ % Staats-Sch.-Sch.	98,50 bz	
Präm.-Anleihe 1855	150,00 B	
Kurz- u. Neumm. Pfdbr.	96,50 bz	
4% Preuß. Central. Pfdbr.	101,60 bz	
4 % Sächs. Pfandbr.	— —	
4 % do. Rentenbr.	101,25 bz	
Goth. Gr. Präm.-Pfdbr.	118,70 B	
Ostpr. Gr.-K. B. Pfdbr.	108,60 G	
Pfälz. Eisb.-Obligat.	114,50 G	
do. Hyp. Akt.-B. III.	102,25 bz G	
Russ. Boden-Credit	83,20 bz G	
do. Centr.-Bd.-Pf.	71,50 bz	
6% New-York. Stadt-Anl.	— —	
Oest. Papier-Rente	66,60 G	
do. Silber-Rente	66,70 G	
4 % Oest. Gold-Rente	83,00 G	
5% Ungar. Papier-Rente	73,90 bz	
4 % Ungar. Gold-Rente	75,70 bz	
Italienische Rente	89,75 bz G	
5 % Rumänier	96,70 bz	
5 % Russ.-Engl. 1872	87,10 bz G	
5 % Russ. Anl. v. 1877	91,40 bz	
4 % do. v. 1880	72,10 bz G	
In- und ausl. Eisenbahn-Stamm- u. Stamm-Prior.-Aktien.		
Bergisch-Märkische	127,30 G	
Berlin-Anhalter	— —	
Berlin-Görlitzer	— —	
Berlin-Hamburger	336,00 bz	
Breśl.-Schw.-Freib.	108,60 bz G	
Buschtiehrader Lit. B.	77,30 G	
Galiz. (Karl-Ludw.)	131,50 bz	
Gotthardbahn	111,70 bz G	
Halle-Sorau-Guben	27,00 bz	
Kronpr. Rudolfbahn	70,50 bz G	
Mainz-Ludwigshafen	100,25 bz G	
Marienburg-Mlawka	117,00 bz G	
Niederschl.-Märk. gar.	100,75 bz	
Oberschl. Lit. A.C.D.E.	248,75 bz G	
do. Lit. B.	184,50 G	
Ostpreuß. Südbahn	123,60 bz G	
Posen-Creuzburg	28,30 bz G	
Rechte Oder-Ufer	179,00 bz	
Rumänier	— —	
Tilsit-Insterburg gar.	103,10 bz	
Thüringer	215,25 G	
Halle-Sor.-Guben	101,50 bz G	
Mgd.-Halberst. B. abg.	88,80 G	
do. Lit. C.	— —	
Marienb.-Mlawka	109,75 bz G	
Oels-Gnesen	76,60 bz G	
Ostpr. Südbahn	110,25 bz G	
Posen-Creuzburg	91,75 bz G	
Rechte Od.-Ufer	175,75 bz G	
Saalbahn	87,00 bz G	
Eisenbahn-Prioritäts-Aktien und Obligationen.		
3½ Berg.-Märk. III. A.	94,50 B	
3½ do. III. B.	94,50 B	
4½ do. V.	102,90 G	
4½ do. VI.	104,25 B	
4½ do. VII.	103,00 bz	
4½ do. VIII.	103,00 bz	
5 do. IX.	104,30 G	
4½ do. St.-Goeft II.	102,50 G	
4½ do. Nordbahn	103,25 B	
4½ Berlin-Anhalt	102,90 G	
4½ Berlin-Dresden gr.	103,40 bz	
4½ Berl.-Görlitz konv.	102,90 G	
4½ Berl.-Hamb. III. kv.	103,20 bz	
4½ Berl.-Stettin. gar.	103,25 bz	
4½ Breslau-Freiburg	103,00 G	
4½ do. B.	103,00 G	
4 Köln-Minden IV.	101,25 G	
4½ do. VI.	105,20 B	
4½ do. VII.	103,40 B	
4½ Halle-Sor. b. St. g.	103,30 G	
4½ Mgd.-Halbst 1865	103,00 G	
4½ do. Leipzig A.	104,90 bz G	
4 do. do. B.	101,00 G	
3 do. Wittenberge	84,75 bz G	
4½ Mainz-Ludw. g. kv.	100,00 bz G	
5 do. 1878 I. II.	104,30 bz G	
4 do. konv.	100,00 G	
4 Niederschl.-Märk. I.	100,75 G	
3½ Oberschl. E. gr.	96,80 G	
4 do. 4½ Lit. H. gr.	103,25 B	
4 do. Em. v. 73	100,80 G	
4½ do. do. = 79	105,00 G	
4½ do. do. = 80	104,00 G	
4½ Rechte Oder-Ufer	103,30 G	
4½ Rb.-Rahed. gr. L. II.	—	
4 Thüringer I.	101,00 bz G	
4½ do. IV.	103,25 G	
4½ do. VI.	103,25 G	
5 Danz-Bodenb. II.	84,25 bz G	
5 do. III.	103,40 G	
fr. Danz-Prag	85,40 bz G	
4½ Gal. Karl-Ludw.	84,25 bz	
5 Kaschau-Oderberg	80,80 bz G	
5 do. Gold	100,00 G	
5 Kronpr. Rud. 72	84,30 bz G	
5 Lemb.-Czernow IV.	79,75 bz G	
3 Oest. Stz. Sib. alte	386,50 bz	
3 do. 1874	385,50 G	
3 do. Ergänzung.	373,10 bz G	
5 Oestern. Nordwestb.	86,75 bz G	
3 Südöst. Bahn (Lmb.)	289,00 G	
5 do. do. Lit.	101,75 B	
5 Ung.-Galiz. Nordostb.	77,60 G	
5 do. do. Gold	97,50 B	
5 Charkow-Azow	—	
4½ Zwangor.-Bombrow.	80,60 bz G	
5 Kozlow-Woronesch	97,50 bz G	
5 Kursk-Kiew	100,50 bz G	
5 Moskau-Räsan	102,10 G	
5 do. Smolensk	95,70 bz G	
5 Räsan-Kozlow	101,25 bz	
4 Russ. Nikolai-Oblg.	77,40 G	
5 Schuja-Iwanowo	91,80 G	
5 Warschau-Wien IV.	99,00 G	
5 do. V.	98,20 B	
Bank- und Industrie-Aktien.		
Aachen Diskonto	106,50 bz G	
Berliner Handels-Ges.	71,75 bz G	
Darmstädter Bank	154,50 bz	
Diskonto-Kommandit	206,60 bz	
Leipziger Kredit-Anstalt	158,50 G	
Magdeb. Privatbank	117,75 bz	
Meininger Kred.-Bank	96,40 bz B	
Oester. Kredit-Anstalt	548,50 bz	
Reichsbank	149,75 B	
Sächsische Bank	121,10 G	
Schles. Bank-Verein	109,50 bz G	
Weimarische Bank	91,25 G	
Admiralsgartenbad-Akt.	46,50 G	
Crölltwyker Papierfabrik	186,50 G	
Deffauer Gas	171,00 G	
Hallesche Maschinen	224,50 bz G	
Laurahütte	131,40 bz	
Phönix-Bergwerk Lit. A.	91,00 bz G	
do. = B.	35,90 bz	
Dortmunder Union	31,00 G	
Bochumer Gußstahl	99,00 bz G	
Hörd. Hütt.-B. konv.	— —	
Glanziger Zucker	83,40 bz G	
Kordsdorfer Zucker	157,00 bz G	
Sächs.-Th. Br.-B. St.-A.	164,75 G	
do. St.-Prior.	— —	
Sächs. Masch. (Hartmann)	151,50 bz G	
do. Stickmaschinen	118,90 bz	
Zeitzer Maschinen	— —	

Wechsel.

Amsterdam 100 fl. 8 T.	— —
Brüss.-Antw. 100 fr. 8 T.	— —
London 1 Lstrl. 8 T.	— —
Paris 100 fr. 8 T.	— —
Wien öst. W. 100 fl. 8 T.	170,50 bz
Petersb. 100 S.-R. 3 W.	202,55 bz

Bank-Diskonto.

Berlin Wechsel 4, Lombard 5. Amsterd. 5½, Brüssel 3½, London 3. Paris 3. Petersburg 6. Wien 4.

Gold, Silber und Banknoten.

Souvereigns	20,39 bz
Engl. Banknoten	20,425 bz
20-Franks-Stücke	16,24 B
Dollars	— —
Imperials	16,73 G
Franz. Banknoten	80,95 G
Oesterr. do.	170,60 bz
Russ. do.	203,60 bz

Leipziger Börse vom 14. März.

Zf.	Kgl. Sächs. Rentenbriefe	Mk.	
3	Renten-Anl.	1000 500 100	81,10 G
3	do.	1000	81,15 bz
3	do.	500	81,40 G
3	do.	500	81,40 G
		Thlr.	
3	Staatsanl. 1830	1000 500 100	98,50 B
3	do. 1830	1000 500 100	98,50 G
3	do. 1855	100	90,35 bz
4	do. 1847	500	101,10 G
4	do. 1852—63	500	101,75 G
4	do. 1869	500	101,75 G
Div.	**Eisenb.-St.-Akt.**		
8½/30	Altenburg-Zeitz		158,00 G
14¾	Aussig-Teplitz		251,00 bz G
7½	Böhm. Westb. (5%) g.		127,50 G
7	Buschtiehrad. Lit. A.		144,00 bz G
2	do. B.		77,75 bz G
6	Duxe-Bodenbach		136,00 G
5	Franz-Jos.-B. (5%) g.		82,75 G
Eisenb.-St.-P.-A.			
7½/30	Altenburg-Zeitz		147,50 bz G
5	Kordbus-Großenh.		—
6	Duxe-Bodenb. Lit. A.		132,00 G
6	do. = B.		132,00 G
3½	Halle-Sorau-Guben		101,00 B
Bank- u. Credit-Akt.			
9	Allg. D. Cr.-A. Lpz.		158,50 G
9	Dresdener Bank		127,50 G
7½	Leipziger Bank		147,50 G
5½	do. Kassen-Verein		103,00 B
8	do. Tilk.-Gesellsch.		107,00 B
5½	Sächs. Bank		121,00 G
5½	Weimar. Bank, neue		91,00 G
0	Zwickauer		80,00 B
Zf.	Kgl. Sächs. Staatsanl. 1869	Thlr.	101,50 G
4	do. 1870	100 50	102,06 G
4	do. 1867 ab 50/0	500	101,75 G
3½	Landrentenbr.		96,10 G
4½	Monst.-Gw. 1882		100,25 B
4½	do.		101,50 G
4½	do. 1879		103,00 B
5	do. 1873		100,75 G
5	do. Em. 1875		103,50 G
4½	Lpz. Stadtbri 1868		103,25 G
4½	do. 1876		104,00 G
Div.	**Ind.-Akt., Pr. und Stamm-Prior.**		
1884	Cröllw. Papierfabr.		188,00 G
4	do. II. Em.		175,00 G
6	do. Schuldverschr.		103,25 G
—	Lpz. Maltz. Schkeuh.		148,25 B
7½	Thür. Gasgel. i. Lpz.		117,00 G
7½	do. Stamm-Pr.		124,50 G
%	**Ausl. Eis.-P.-Obl.**		
4½	Russ.-Teplitzer		103,50 B
5	Böhm. Nordbahn		88,30 G
5	do. Em. 1871		86,30 G
5	Buschtiehr. (B. Nbn)		85,35 G
5	do. Em. 1871		85,10 bz G
5	do. = 1872		84,65 B
5	Duxe-Bodenbach		86,00 G
5	do. Em. 1871		84,50 B
5	do. = 1874		103,50 G
4½	Graz-Köflacher		74,75 G
5	do.		81,75 G
5	do. Em. v. 1872		81,75 G
5	Kaschau-Oderberg		81,00 G
5	Prag-Duxe Kto. Z.		85,10 G
5	do. II. Em. Kto. Z.		85,10 G
5	Prag-Turnau		86,75 B
5	do. Em. 1870		86,75 B

Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18830316027/fragment/page=0002